

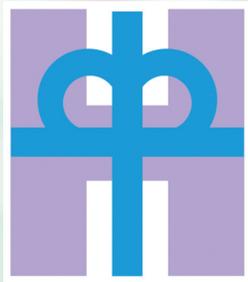
Arbeitsgemeinschaft

**RESOhelp**

Beratungsstelle für Straffällige



Diakonisches Werk  
Hannover gGmbH



**RESOHELP  
BERLINER ALLEE**

*JAHRESBERICHT  
2017*

## INFORMATION



## RESOhelp Beratungsstelle für Straffällige

Sprechzeiten:

Mo, Di, Do, Fr: 9.00 - 11.00 Uhr

und nach Vereinbarung

Berliner Allee 8 • 30175 Hannover

Fon: (0511) 990 40-20/-21/-22/-23/-25/-27

Fax: (0511) 990 40-24

[beratungsstelle@resohelp.de](mailto:beratungsstelle@resohelp.de)

[www.resohelp.de](http://www.resohelp.de)

## INHALT

---



4 .....	<i>Vorwort</i>
5 .....	<i>Überblick</i>
6 .....	<i>Hauptthemen der Beratung</i>
9 .....	<i>Beratung von Gefangenen in der JVA Hannover</i>
10 .....	<i>Beratung von Gefangenen in der JVA Sehnde</i>
11 .....	<i>Vermeidung von Verbüßung von Ersatzfreiheitsstrafen</i>
13 .....	<i>Umzug in die Berliner Allee</i>
14 .....	<i>Gremienarbeit</i>
15 .....	<i>Die Mitarbeitenden</i>
16 .....	<i>Die Organisation</i>
17 .....	<i>Zahlen, Statistik</i>

## VORWORT

*Liebe Leserinnen und Leser*

Seit dem Jahr 2000 arbeite ich als Gefängnisseelsorger in der JVA Hannover. Das katholische Gefängnispfarramt, für das ich tätig bin, gehörte vor Jahrzehnten schon zu den Gründungsmitgliedern der „Arbeitsgemeinschaft RESOhelp“. Daher habe ich nun fast 18 Jahre lang die Arbeit von RESOhelp miterleben und begleiten können. Zuletzt war ich stellvertretender Vorsitzender dieser Arbeitsgemeinschaft, in der sich eine Reihe größerer und kleinerer Institutionen zusammengetan hat, um gemeinsam das Ziel der Resozialisierung straffällig gewordener Männer und Frauen zu verfolgen. Zu ca. 85 Prozent wird die AG RESOhelp vom Land Niedersachsen, von der Region Hannover und vom Jobcenter Region Hannover finanziert. Den Rest steuern Diakonie und Caritas, die Stadt Hannover und das katholische Gefängnispfarramt bei.

Der hier vorgelegte Jahresbericht dokumentiert wieder in eindrucksvoller Weise, auf welcher vielfältigen Weise sich die Mitarbeiter/innen der AG RESOhelp für ihre Klientel in der Straffälligenhilfe einsetzen. Es sind häufig Strafgefangene oder vor kurzem aus dem Gefängnis Entlassene, die die Hilfe der RESOhelp in Anspruch nehmen. Bei ihnen handelt es sich überwiegend um – wie man fälschlicherweise leider sagt – „sozial Schwache“, die bei der Bewältigung ihrer Lebensprobleme gesellschaftlich vorgegebene Normen missachtet haben und deshalb mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. Hinter all den Zahlen in diesem Jahresbericht verbergen sich – was leider oft übersehen wird – die Schicksale von Menschen, die arm, von geringer Bildung, alkohol- oder drogenabhängig sind, die keine behütete Kindheit hatten, ohne geregelte Arbeit sind und oftmals auch unter psychischen Auffälligkeiten leiden.

Und auch wenn die „Mehrheitsgesellschaft“ mit diesen Leuten nichts zu tun haben will, bleiben sie doch immer unsere Mitmenschen, sind sie als Geschöpfe Gottes mit derselben Würde ausgestattet wie alle anderen auch. „Denkt an die Gefangenen, als wäret ihr mitgefangen“, fordert uns der Hebräerbrief der Bibel (Kap. 13,3) auf. Dass die Opfer von Straftaten unsere Solidarität und Zuwendung brauchen, empfinden wir als schlichte Selbstverständlichkeit. Ähnliches jedoch auch für Täter und Täterinnen einzufordern, fällt uns weit schwerer zu begründen. Dabei ist es eine Binsenweisheit, dass gerade auch die Resozialisierung des (Straf-) Täters dem Opferschutz dient!

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitarbeiter/innen der AG RESOhelp für ihr unermüdliches Engagement bedanken. Trotz begrenzter Mittel und Möglichkeiten – und obwohl es manchmal dem Kampf gegen Windmühlen ähnelt – geben sie immer wieder von neuem ihr Bestes, um den straffällig Gewordenen auf dem Weg zurück in den Alltag mit Rat und Tat beizustehen.

“

*Drei Wünsche richte ich abschließend an die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft:*

Drei Wünsche richte ich abschließend an die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft:

- : Statten Sie die Anlaufstellen der Straffälligenhilfe gerade in finanzieller Hinsicht besser aus als bisher, damit sie ihren Auftrag auch in Zukunft gut erfüllen können.
- : Setzen Sie sich dafür ein, dass psychisch Kranke und Drogenabhängige eine andere Möglichkeit bekommen als das Gefängnis.
- : Schaffen Sie die Ersatzfreiheitsstrafe ab. Geldstrafen sollten Geldstrafen bleiben. Die individuelle Geldbörse sollte nicht entscheiden, wer ins Gefängnis kommt und wer nicht.

*Für das katholische Pfarramt bei der JVA Hannover*

*Winfried Wingert*



## Überblick

### Ziele der Hilfe

- ⌘ Anbindung an das Hilfesystem
- ⌘ Abwendung von Mittel- und Wohnungslosigkeit
- ⌘ Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- ⌘ Vermeidung von Rückfälligkeit

### Zielgruppe

- ⌘ Straffällige und deren Angehörige (ausgenommen Probanden der Bewährungshilfe)

### Ersthilfe

- ⌘ Sicherung des Lebensunterhaltes
- ⌘ Hilfen bei der Durchsetzung von Ansprüchen gegenüber Jobcenter, Agentur für Arbeit, Sozialamt u. ä.
- ⌘ Einrichten einer Postanschrift zur Erreichbarkeit für Behörden wie Jobcenter, Gerichte und Privatkontakte
- ⌘ Vermittlung in Wohnheime und Notunterkünfte
- ⌘ Beschaffung von Personal- und Arbeitspapieren sowie persönlichen Dokumenten

### Weiterführende Hilfsangebote

- ⌘ Hilfen bei der Wohnungssuche und bei Miet- und Wohnungsproblemen
- ⌘ Hilfen bei der Finanzplanung und Schuldnerberatung
- ⌘ Unterstützung bei der Arbeitssuche
- ⌘ Hilfen zur Vermeidung von Haft
- ⌘ Abwendung von Ersatzfreiheitsstrafen

### Arbeit in den Justizvollzugsanstalten

- ⌘ Entlassungsvorbereitung
- ⌘ Beratung über Probleme mit dem bzw. durch den Strafvollzug
- ⌘ Abwendung von Haft durch Geldstrafenregulierung

### Persönliche Hilfen

- ⌘ bei Suchtproblemen
- ⌘ bei Fragen zur Gesundheit
- ⌘ Kriseninterventionen
- ⌘ bei Zukunftsängsten
- ⌘ bei der Lebensplanung

### Darüber hinaus

- ⌘ Angehörigenberatung
- ⌘ Kooperation mit anderen Institutionen

## Hauptthemen der Beratung

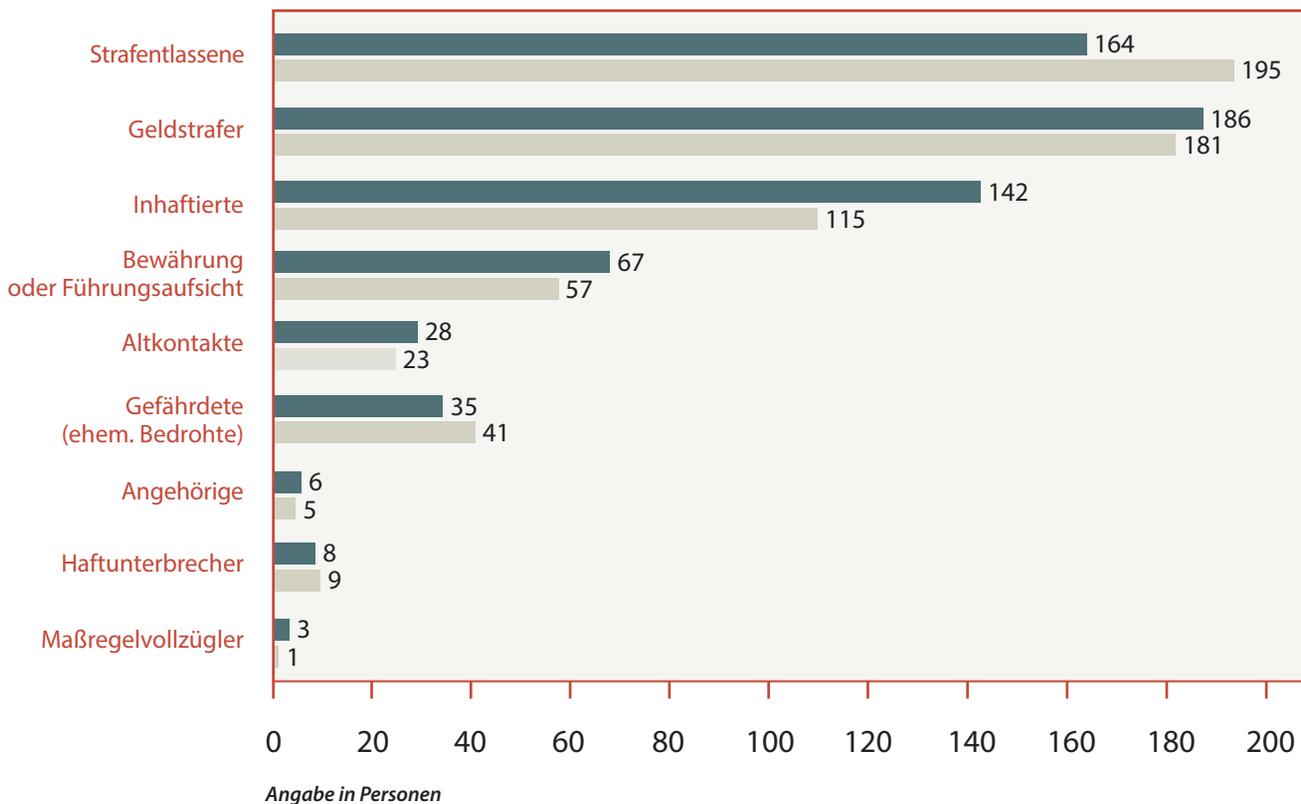
### Klient/innen und Kontakte

2017 haben sich insgesamt 627 Personen hilfeschend an die Sozialarbeiter/innen der Beratungsstelle der Arbeitsgemeinschaft Resohelp gewandt. Das sind geringfügig (1,9 %) weniger als im Vorjahr, die Anzahl der Gesprächskontakte ist jedoch von 5.648 im Vorjahr zu 6.088 im Berichtsjahr um 440 Kontakte (7,8 %) gestiegen.



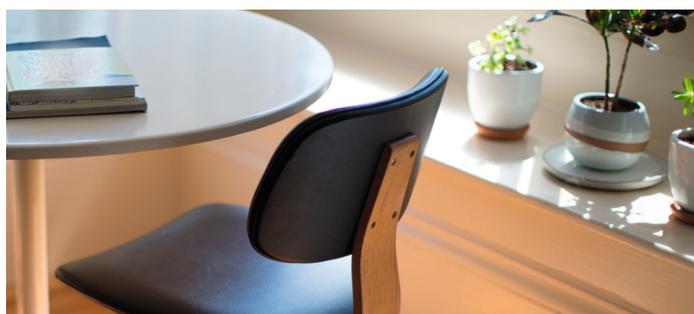
Zusammensetzung der Zielgruppe

2016 2017



Nach wie vor sind die Klient/innen überwiegend den Personenkreisen der Strafentlassenen, der sog. Geldstrafer/innen und der Inhaftierten zuzuordnen. Entsprechend der obigen Grafik hat die Gruppe der Strafentlassenen

um nahezu 20 % zugenommen, während die Gruppe der Inhaftierten um etwa den gleichen Prozentsatz abgenommen hat.



### Beratungsthemen und kompensatorische Hilfen

Beratungsthemen Kompensatorische Hilfen (mit Mehrfachnennungen)	Anzahl			Veränderung (%)	
	2015	2016	2017	2016	2017
<b>Geld / Sachleistungen</b>					
Eigengeldzahlungen	1520	1514	1504	- 0,4 %	- 0,7 %
Vorschüsse	113	148	130	+ 31,0 %	- 12,2 %
Darlehen	552	607	634	+ 10,0 %	+ 4,5 %
Beihilfen	128	102	164	- 20,3 %	+ 60,8 %
Finanzen	1229	848	861	- 31,0 %	+ 1,5 %
Üstra-Fahrkarten	701	1106	1710	+ 57,8 %	+ 54,6 %
<b>Rund ums Wohnen</b>					
Wohnungssuche	410	376	341	- 8,3 %	- 9,3 %
Wohnungsangelegenheiten	228	289	271	+ 26,8 %	- 6,3 %
Heim / Unterkunft	362	336	353	- 7,2 %	+ 5,1 %
<b>Arbeit / Arbeitslosigkeit</b>					
Agentur für Arbeit	88	72	94	- 18,2 %	+ 30,6 %
JobCenter	1066	1526	1437	+ 43,1 %	- 5,8 %
Arbeitssuche	37	23	34	- 37,8 %	+ 47,8 %
<b>Rechtl. Angelegenheiten</b>					
Strafrechtl. Angelegenheiten	544	619	561	+ 13,8 %	- 9,4 %
Zivirechtl. Angelegenheiten	137	184	161	+ 34,3 %	- 12,5 %
<b>Weitere Beratungsthemen</b>					
Sozialamt	85	150	193	+ 76,5 %	+ 28,7 %
Rente	32	57	97	+ 78,1 %	+ 70,2 %
Krankenkasse	271	334	354	+ 23,2 %	+ 6,0 %
Gesundheit	484	626	717	+ 29,3 %	+ 14,5 %
Persönliche Probleme	2144	2243	2525	+ 4,6 %	+ 12,6 %
Sucht	451	536	657	+ 18,8 %	+ 22,6 %
Schulden	224	385	434	+ 71,9 %	+ 12,7 %
Ordnungsamt	90	193	174	+ 114,4 %	- 9,8 %

Zur Verdeutlichung der Armutsspirale geben wir die Zahlen aus 2016 hinzu. Wie aus der vorangegangenen Tabelle zu

ersehen, zählen die Themen „Geld- und Sachleistungen“, „JobCenter“ sowie „Persönliche Probleme“ zu den Hauptanliegen unserer Klient/innen.

Bei den Geld- und Sachleistungen hat sich die Inanspruchnahme von Darlehen im Berichtsjahr geringfügig erhöht (+4,5 %), während die Nachfrage nach Spenden/Beihilfen und Üstra-Fahrkarten um mehr als die Hälfte gestiegen ist (+60,8 %/+ 54,6%).

Dies könnte möglicherweise ein Indikator dafür sein, dass der zum Jahresbeginn um 7,00 € auf 416,00 € angehobene Regelsatz für ALGII-Bezieher/innen nicht den tatsächlichen Bedarf widerspiegelt. Vor allem, wenn es sich um wohnungslose Menschen handelt, die ihren täglichen Nahrungsbedarf nicht durch selbst zubereitetes Essen decken können und auf außer Haus käufliche Verpflegung angewiesen sind.

Im Jahr 2017 führten wir für unsere Klient/innen 185 Verwahrgeldkonten sowie 16 Treuhandkonten bei der Deutschen Bank. Insgesamt 409 Menschen nutzten im Berichtsjahr das Angebot der Postanschrift über unsere Beratungsstelle. Durch dieses Angebot kann die postalische Erreichbarkeit für die Leistungsträger sowie für die Gerichtsbarkeit und die Staatsanwaltschaften sichergestellt werden.

Obwohl die Wohnungssuche nach wie vor ein zentrales Thema für unsere Klientel darstellt, ist beim Thema Wohnungssuche erneut ein

Rückgang um 9,3 % zu verzeichnen. Es ist anzunehmen, dass dies in unmittelbarem Zusammenhang mit der zunehmenden Chancenlosigkeit auf dem verknappten Wohnungsmarkt steht.

Zur Wohnraumbeschaffung für die Klientel greift die Beratungsstelle nach wie vor auf Suchanzeigen in den hannoverschen Tageszeitungen zurück. Im Berichtsjahr sind 61 Suchanzeigen für wohnungslose Klient/innen geschaltet worden, leider hat sich daraus kein einziger Abschluss eines Mietvertrages ergeben. Die Beschaffung von Wohnraum für Haftentlassene ist seit einigen Jahren eine der größten Herausforderungen im Prozess der Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Ein kontinuierlicher Anstieg ist, wie bereits im Vorjahr, bei den Themen „Gesundheit“, „Sucht“, „Krankenkasse“ sowie „Persönliche Probleme“ zu verzeichnen. Suchtkrankheiten in Verbindung mit einer langen Zeit der Wohnungslosigkeit sind Gründe für den erneuten Anstieg dieser Beratungsthemen.





**Beratung von Gefangenen der JVA Hannover**

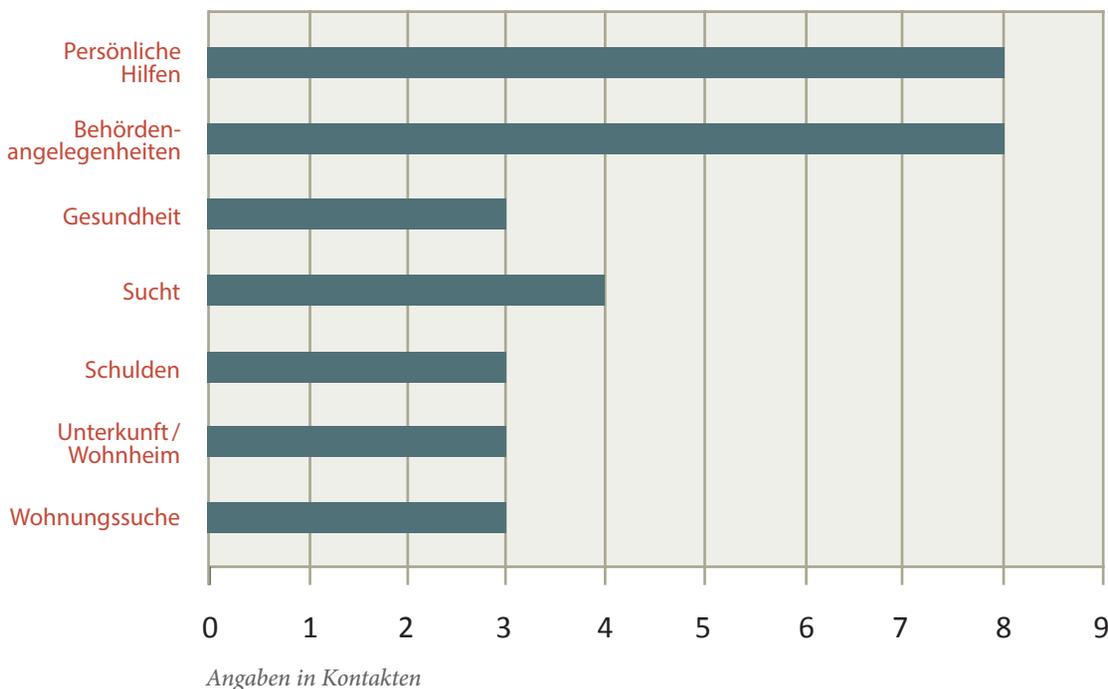
Unter Bezugnahme auf unsere vorangegangenen Jahresberichte muss konstatiert werden, dass die Tendenz der geringeren Inanspruchnahme unseres Beratungsangebotes in der JVA Hannover, sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt hat.

Kumuliert sind im Berichtsjahr acht Gefangene der JVA Hannover in neun Kontakten durch die Mitarbeiter/innen der AG Resohelp beraten worden. Hierzu waren vier Besuche in der Anstalt nötig, zwei Beratungsgespräche haben im Rahmen von Ausführungen in unserer Beratungsstelle stattgefunden.

Thematisch haben die Gefangenen Hilfe zu den Beratungsthemen Wohnungssuche und Unterkünfte/Wohnheime, Behördenangelegenheiten, Schulden, Sucht, Gesundheit und persönlichen Hilfen (wie Gespräche zur Haftbewältigung, Partner- und Familienproblemen sowie die Entwicklung einer realistischen Zukunftsperspektive) gesucht.

“... dass die Tendenz der geringeren Inanspruchnahme unseres Beratungsangebotes in der JVA Hannover, sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt hat.

*Beratungsthemen JVA Hannover*



“

*Wie bereits in den Vorjahren bestand auch im Jahr 2017 ein großer Gesprächsbedarf seitens der Inhaftierten in der Justizvollzugsanstalt Sehnde.*

### Beratung von Gefangenen der JVA Sehnde

Wie bereits in den Vorjahren bestand auch im Jahr 2017 ein großer Gesprächsbedarf seitens der Inhaftierten in der Justizvollzugsanstalt Sehnde. Bei 34 Besuchstagen im Berichtsjahr wurden 410 Gespräche geführt. Im Vergleich dazu waren es im Jahr 2016 bei 42 Besuchstagen 457 Gespräche.

In den Gesprächen wurde wie in den Vorjahren auch besonders der Bereich der persönlichen Hilfen nachgefragt, es konnte diesbezüglich sogar trotz der geringeren Beratungskontakte insgesamt eine Steigerung von 194 auf 218 Kontakte zum Thema persönliche Hilfen verzeichnet werden. Diese umfassen insbesondere die Themen Haftbewältigung, Beziehungs- und Familienangelegenheiten, sowie Fragen zur Haftentlassung und der Planung des Lebens nach der Haft. Auffällig war auch in diesem Jahr der starke Bedarf nach entlastenden Gesprächen zur Bewältigung des Haftalltags, so dass zahlreiche motivierende Gespräche zu diesem Themenkomplex nötig waren.

Eine weitere Kontinuität zeigt sich im stetigen Rückgang der Zahlen im Bereich „Wohnen“. Der Gesprächsbedarf nahm diesbezüglich zum Vorjahr wiederholt um 15 % ab. So kam es auch zu einer geringeren Inanspruchnahme von begleiteten Ausgängen zum Zwecke der Wohnungssuche in der Beratungsstelle. Auch

an dieser Stelle bleibt ein weiteres Mal zu konstatieren, dass die nach wie vor angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt zu großer Hoffnungslosigkeit unter den Inhaftierten führt. Dies hatte zur Folge, dass im Berichtsjahr keine erfolgreiche Vermittlung von Wohnraum aus der Haft heraus gelingen konnte.

Darüber hinaus gab es wiederholt einen Rückgang der Anfragen bezüglich der nachträglichen Regulierung von Geldstrafen. Im Vergleich zum Jahr 2016 mit 99 Beratungskontakten zu diesem Thema, belief sich die Zahl 2017 auf nur mehr 58 Gespräche, was einer Verringerung von 41 % entspricht. Dies lässt sich mit den geringen Erfolgsaussichten bezüglich einer nachträglichen Ratenzahlungsvereinbarung mit den Staatsanwaltschaften und einer damit verbundenen Aufhebung der Haft erklären.

Ebenfalls stark nachgefragt war die Versorgung der Inhaftierten mit Kleidung aus der Kleiderkammer der Zentralen Beratungsstelle. Auch wenn die grundsätzliche Versorgung mit Kleidung durch die JVA sichergestellt wird, scheint es für die Inhaftierten von großer Wichtigkeit eigene Kleidung tragen zu können. Insgesamt wurden durch die AG Resohelp 74 Inhaftierte mit Spenden aus der Bekleidungskammer versorgt.



## Vermeidung von Verbüßung von Ersatzfreiheitsstrafen

Seit mittlerweile 2010 gibt es in Niedersachsen über die 14 Anlaufstellen für Straffällige die Unterstützung „Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen“. Diese dient grundsätzlich der Vermeidung von Haft.

Verurteilte, die eine Geldstrafe nicht gezahlt haben, erhalten spätestens mit der Ladung zum Strafantritt von den Staatsanwaltschaften den Hinweis auf die Beratungsstellen. Die Hilfesuchenden greifen „diesen Strohhalm“ und wenden sich an uns, weil sie häufig allein mit der Situation überfordert sind oder eben hilflos.

2017 suchten in unserer Beratungsstelle 181 Personen Hilfe bei der Abwendung einer Ersatzfreiheitsstrafe, was in etwa gleichbleibend zum Vorjahr war (in 2016 waren es 186 Personen).

Allein über die Staatsanwaltschaften wurden in 2017 insgesamt 79 Personen vermittelt, um in „letzter Minute“ die drohende Inhaftierung mit unserer Intervention abwenden zu können.

Nachdem im Erstgespräch ermittelt wird, worum es im Einzelfall geht und wie die aktuelle Situation konkret ist, entwickeln Sozialarbeiter/innen und Klient/innen je nach persönlicher und wirtschaftlicher Situation eine Lösungsstrategie.

Wir Sozialarbeiter/innen übernehmen dabei vermittelnde Aufgaben, z. B. telefonieren wir mit der Rechtspflege und beantragen dann häufig Ratenzahlungen.

Im Einzelfall stellen wir „Arbeit statt Strafe“-Anträge, wenn jemand beispielsweise gar nichts zahlen kann - auch das kommt vor: im Berichtsjahr wurden acht Anträge auf „Arbeit statt Strafe“ gestellt.

Bei möglichen Ratenzahlungen besprechen wir mit den Hilfesuchenden im Vorfeld sehr genau, wie konkret gezahlt werden soll und ebenso eine realistische Ratenhöhe. Sind sie selbst in



der Lage regelmäßig und eigenverantwortlich ihre Raten z. B. per Dauerauftrag zu zahlen, oder brauchen sie hierbei unsere Unterstützung in Form von Geldverwaltung über die Beratungsstelle? Manche Menschen haben tatsächlich kein eigenes Konto oder sind mit diesen Tätigkeiten / Anforderungen überfordert.

In 2017 stellten wir in 58 Fällen Anträge auf Selbstzahlungen, die von den Staatsanwaltschaften stattgegeben wurden. Davon wurden bereits

17 Fälle vollständig reguliert, 34 laufen weiter im Folgejahr und fünf Misserfolge waren dabei.

In 2017 konnten allein bei diesen 58 neuen Fällen **1.126 Hafttage** eingespart werden. Es ist jedoch eher selten, dass in einem Berichtsjahr eine Geldstrafe komplett abgezahlt werden kann. So gab es aus den Vorjahren laufende Selbstzahlungsverfahren, die **insgesamt in 2017** zu folgendem Ergebnis führten:

- :: **33.174 € an tatsächlich geleisteter Ratenrückzahlungssumme an die Landeskasse**
- :: **Es wurden insgesamt 2.084 Hafttage nicht vollstreckt bei insgesamt 114 Fällen.**
- :: **Die Justizkasse des Landes hat im Berichtsjahr daher durch unsere Beratungsstelle 308.460 € an Haftplatzkosten (pro Hafttag 148,- €) eingespart.**

Nach Auflösung der anfänglichen Problemlagen konnten die Betroffenen wieder ihre Eigenverantwortung übernehmen und damit erfolgreich eine Inhaftierung vermeiden. Bei den Selbstzahlern passiert es insgesamt relativ selten, dass während der laufenden Rückzahlungen noch weitere Interventionen von uns Mitarbeiter/innen nötig sind.

Den Schwerpunkt bei der Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen bilden jedoch die Klient/innen, die bei der Abwicklung und Zahlung

“

Es konnten über das ganze Jahr in Niedersachsen 11 Haftplätze (im Vorjahr 7,45 Haftplätze) „unbelegt“ bleiben.

unsere dauerhafte Hilfe in Form von Geldverwaltung und anderen Interventionen in Anspruch nehmen müssen.

In 2017 hatten wir insgesamt 141 Fälle für 84 Menschen in der Geldverwaltung, um drohende Inhaftierung zu verhindern. Das bedeutet konkret:

Zur Abwicklung der Ratenzahlung lassen wir uns vom Leistungsträger, oft Jobcenter (aber auch Sozialamt oder Agentur für Arbeit) den entsprechenden Betrag per Abtretung überweisen und leiten diese weiter an die StA. So fällt zuerst bei uns auf, wenn eine Rate nicht eingegangen ist und wir können mit den Klient/innen und den entsprechenden Ämtern in Kontakt treten, um diese Unstimmigkeiten frühestmöglich zu bereinigen.

Von diesen 141 Fällen konnten im Berichtsjahr 33 erfolgreich abgeschlossen werden. Es gab 99 Teilerfolge, die noch nicht abgeschlossen sind und neun Misserfolge.

Allein durch dieses Angebot wurden **1.952 Hafttage** nicht vollstreckt, was eine Haftplatzkostensparnis für das Land von **288.896 €** bei 148,- € täglich bedeutet.

Über die Ratenabwicklung wurden tatsächlich insgesamt **22.672 €** in die Justizkasse eingezahlt und auch 1.721 € Gerichtskosten geleistet.

**Rechnen wir alle Zahlen 2017 in unserer Beratungsstelle in Hannover zusammen, kommen wir auf 255 Fälle insgesamt und eine tatsächlich geleistete**

- :: Rückzahlungssumme von insgesamt 55.846 €**
- :: ersparte Hafttage im Jahr: 4.036 (im Vorjahr 2.718)**
- :: multipliziert x 148,- €/täglich = Gesamtsparsnis des Landes: 597.356 € (im Vorjahr 347.904 €)**

Anders ausgedrückt: Durch unsere Arbeit spart die Justiz viel Geld und es konnten über das ganze Jahr in Niedersachsen **11 Haftplätze (im**

**Vorjahr 7,45 Haftplätze) „unbelegt“ bleiben.**

Dieses Justizprojekt ist somit äußerst praktikabel und effizient auf allen Ebenen.

In 255 Verfahren bedeutete dies für die betroffenen Menschen nicht aus ihren Lebenszusammenhängen gerissen zu werden, und z. B. in ihren Familien bleiben zu können. Sie mussten keine Angst vor drohendem Wohnraumverlust haben und konnten ihren Job oder ihr Studium weiterführen. Sie wurden nicht länger von der Angst vor der Polizei und einer möglichen Inhaftierung gepeinigt.

Ohne die sehr gute Zusammenarbeit mit den Rechtspfleger/innen der Staatsanwaltschaft Hannover, wären diese Ergebnisse jedoch nicht möglich gewesen. Sie haben konsequent dabei mitgewirkt realistische Ratenzahlungen zu vereinbaren und haben im Zweifel noch mal „beide Augen zugedrückt“, Haftbefehle zurückgenommen und eine letzte Chance zur Zahlung eingeräumt.

Gleichermaßen haben die Mitarbeiter/innen der Leistungsträger, insbesondere der Jobcenter, Teil an diesem Erfolg. Abtretungserklärungen für Ratenzahlungen wurden anerkannt und bei der Klärung von Zahlungsunregelmäßigkeiten wurden wir bestmöglich unterstützt. Dadurch war lösungsorientiertes Handeln im Einzelfall möglich.

Herzlichen Dank an Alle, die sich jetzt angesprochen fühlen und eine Empfehlung an alle anderen, die noch nicht mit dabei sind, doch noch mitzumachen bei einer erfolgreichen Lösung zur Vermeidung von Haft ;)

*Noch ein Wort in eigener Sache:*

*In unsere Beratungsstelle kommen erst dann Vermittlungen über die Staatsanwaltschaft Hannover, wenn bereits die Ladung zum Strafantritt vorliegt. Darum hatten wir in 2010 wegen erhöhter Zuläufe in diesem Aufgabengebiet und als Selbstschutz bitten müssen. Bei einer umfangreicheren Personalausstattung in diesem Arbeitsbereich könnte sich dieser wichtige Bereich der Haftvermeidung in und um Hannover deutlich verbessern.*



### Umzug in die Berliner Allee

Schweren Herzens hat die Beratungsstelle im September 2017 die Räumlichkeiten der Hagenstraße 36, die sich nach über 30 Jahren Existenz, im Hilfesystem sehr etabliert hatte, verlassen und ist in das neue Gebäude in der Berliner Allee 8 umgezogen.

Zusätzlich befinden sich in den neuen Räumlichkeiten nun noch die Fachstelle Sucht des Diakonischen Werkes und der Tagesaufenthalt für Wohnungslose „DÜK“.

Mit dem Umzug sind einige Veränderungen einhergegangen. Die Mitarbeitenden haben nun ein Büro mehr zur Verfügung, welches die Beratungssituation etwas entzerrt. Leider kann

jedoch immer noch nicht jede/r Mitarbeiter/in über ein eigenes Büro verfügen, welches aufgrund der steigenden Anlaufzahlen immer noch zu Engpässen während der Sprechzeit führt. Die neue, modernere Atmosphäre wurde von der Klientel fast durchweg positiv aufgenommen, wenn auch einige den Räumlichkeiten der Hagenstraße nachtrauern.

Gerade in der ersten Zeit gab es noch Irritationen wegen der Adressänderung, da diese trotz aller Bemühungen noch nicht überall angekommen war, mittlerweile tritt dies aber nur noch selten auf.



Schüler/innen des Bläserensembles der St. Ursula Schule Hannover, unter der Leitung von Frank Schmitz, spielen zum Abschied



### Arbeitskreise, Workshops, Gremien

Im Berichtsjahr haben sich die Mitarbeiter/innen der Beratungsstelle der AG Resohelp in verschiedene Arbeitskreise und Gremien eingebracht sowie an Workshops teilgenommen.

*Kontinuierlich wurde*

- am **Arbeitskreis Übergangsmanagement Hannover**, bestehend aus Vertreter/innen der JVAen Hannover und Sehnde, des ambulanten Justizsozialdienstes Bezirk Hannover und Resohelp,
- den Tagungen von **L'ASTen**, dem Zusammenschluss der Mitarbeiter/innen der 14 niedersächsischen Anlaufstellen für Straffällige und
- dem **Arbeitskreis Straffälligenhilfe der diakonischen Anlaufstellen in Niedersachsen**

*teilgenommen.*

Zudem ist im April 2017 der 6. Praxisworkshop Übergangsmanagement im Ludwig-Windthorst-Haus in Lingen mit über 60 Teilnehmer/innen aus dem niedersächsischen Justizvollzug, AJSD und der freien Wohlfahrtspflege durchgeführt worden. Resohelp war hier mit zwei Kollegen vertreten.

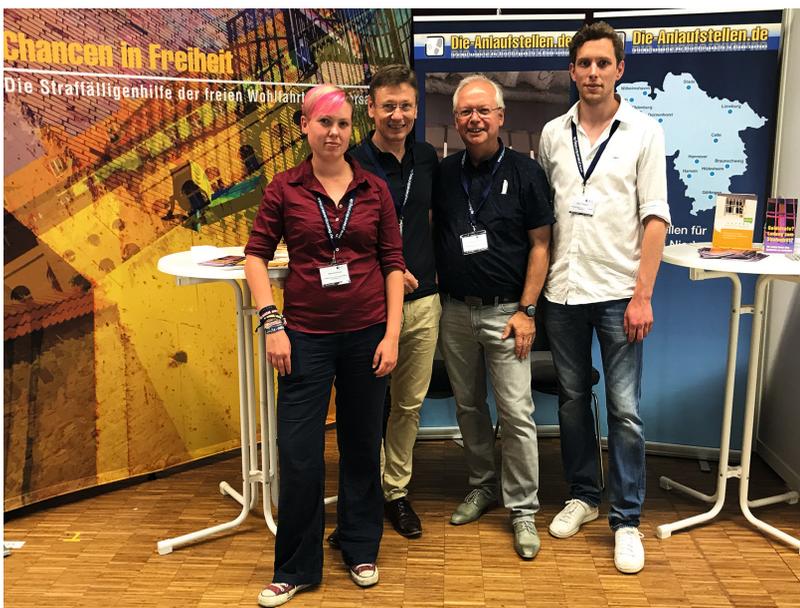
Inhaltlich wurde sich in den verschiedenen Gremien mit vielfältigen Themen beschäftigt. Als exponiert waren hier im Kalenderjahr 2017 sicherlich das Projekt Resozialisierung des niedersächsischen Justizministeriums, die Evaluation der AV Übergangsmanagement und die zu schaffende Förderrichtlinie für die freien Anlaufstellen für Straffällige zu nennen.

Nicht zuletzt musste sich ebenso mit der mangelhaften finanziellen und personellen Ausstattung der freien Anlaufstellen für Straffällige beschäftigt werden. Die Situation ist leider an einigen Standorten derart prekär, dass der Arbeitsaufwand mit den bestehenden Ressourcen kaum noch zu bewältigen ist bzw. die Finanzierung nicht dauerhaft gesichert werden kann und den entsprechenden Standorten kurz- bis mittelfristig die Schließung droht.

Eine abschließende Lösung für die Finanzierung der Anlaufstellen wäre daher nicht nur zur Existenzsicherung wünschenswert, sondern auch, um sich in den entsprechenden Gremien mit einer Weiterentwicklung der Angebote, politischer Interessensvertretung im Sinne einer kritischen Parteilichkeit für die Klientel und der dringend notwendigen regionalen und überregionalen Vernetzung beschäftigen zu können.

Trotz dieser Widrigkeiten konnte in den Gremien natürlich auch fachlicher Austausch für den praktischen Arbeitsalltag geführt werden.

*Wir werden diesbezüglich natürlich auch in 2018 „am Ball bleiben“.*





### Die Mitarbeitenden

Sozialpädagog/innen:

- **Sylvia Adelsberger**  
01.01.2017 - 31.12.2017 (28,875 Std./wö.)
- **Thomas Kothe**  
01.01.2017 - 31.12.2017 (32,250 Std./wö.)
- **Anika Polzin**  
01.01.2017 - 31.12.2017 (19,250 Std./wö.)
- **Peter Thomsen**  
01.01.2017 - 31.12.2017 (28,875 Std./wö.)
- **Susanne Wischhusen**  
01.01.2017 - 31.12.2017 (19,25 Std./wö.)

Berufspraktikantin:

- **Judith Grautstück**  
01.09.2017 - 31.12.2017 (38,5 Std./wö.)

Verwaltungsangestellte:

- **Birgit Horn**  
01.01.2017 - 31.12.2017 (24,00 Std/wö.)



**Die Organisation**

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Resohelp sind

- Das Diakonische Werk Hannover gGmbH
- Der Caritasverband Hannover e.V.
- Die Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Soziales
- Der Gefangenenfürsorgeverein Hannover
- Das Justizministerium, vertreten durch die JVAen Hannover und Sehnde
- Das katholische Pfarramt bei der JVA Hannover
- Der ev.-luth. Stadtkirchenverband Hannover

Das Land Niedersachsen (Justiz), das JobCenter Region Hannover, die Region Hannover und einige der genannten Mitglieder finanzieren die Arbeit der AG Resohelp gemeinsam.



© DWH

**IMPRESSUM**

**Impressum**

Herausgeber und Redaktion:  
AG Resohelp

Diakonisches Werk Hannover  
Berliner Allee 8  
30175 Hannover  
E-Mail: [beratungsstelle@resohelp.de](mailto:beratungsstelle@resohelp.de)

[www.resohelp.de](http://www.resohelp.de)  
[www.die-anlaufstellen.de](http://www.die-anlaufstellen.de)

Bankverbindung:  
Ev. Kreditgenossenschaft Hannover  
IBAN: DE85 520 604 100 000 601 233  
BIC: GENODEF1EK1

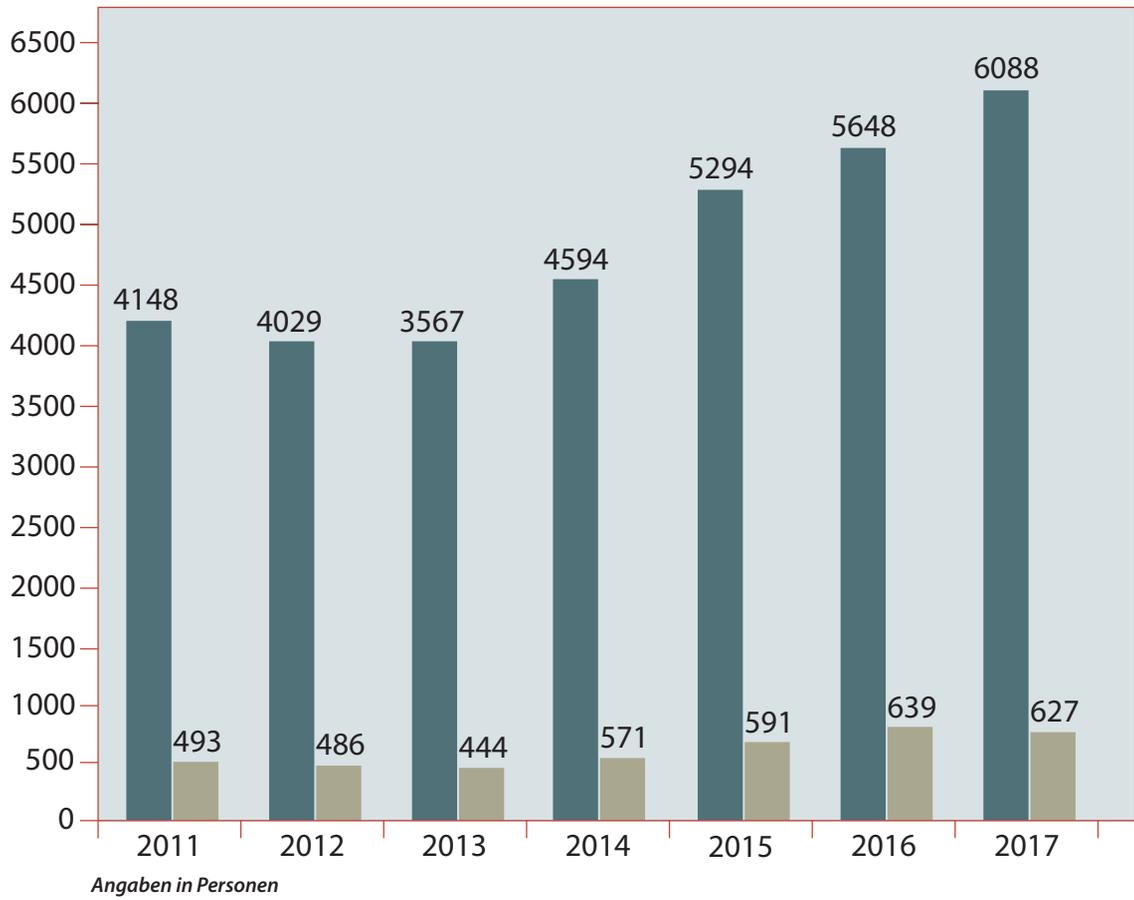


layout: [www.gaenshirt-grafic.de](http://www.gaenshirt-grafic.de)  
Fotos: ©BillionPhotos/fotolia.com (Titel)

**Zahlen, Statistik**

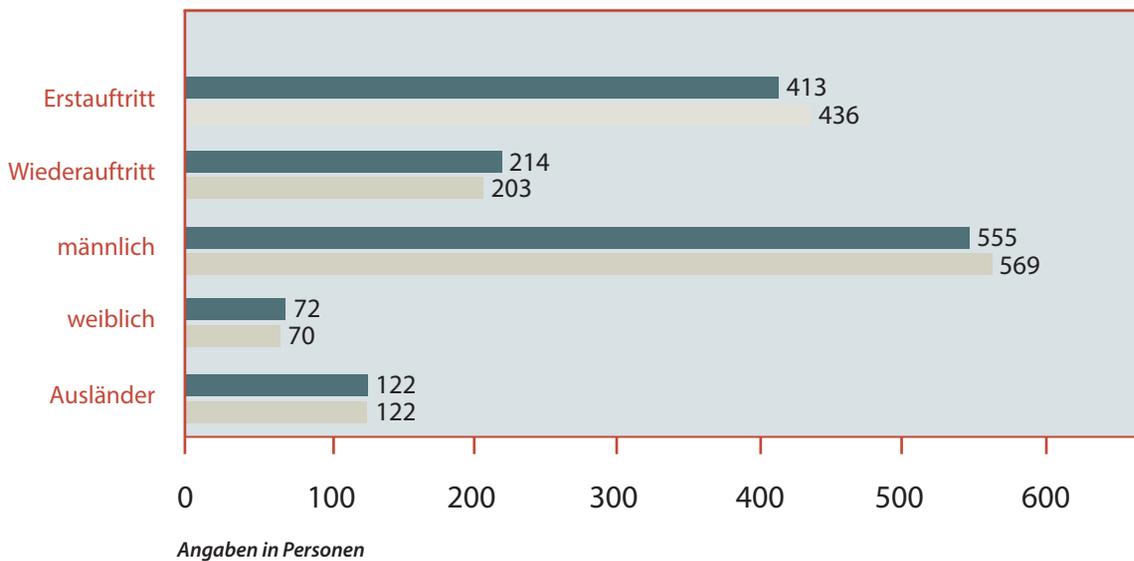
**Klientenjahresübersicht 2011 - 2017**

■ Kontakte ■ Klienten

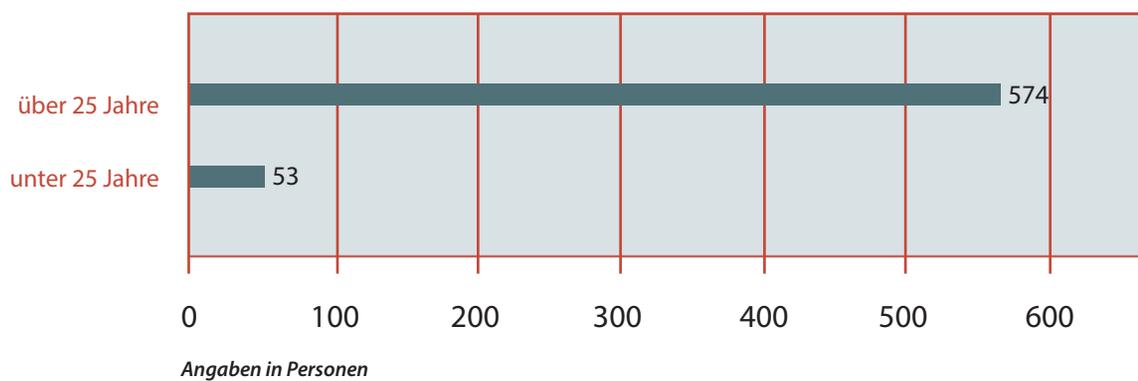


**Klienten im Jahresvergleich 2016 bis 2017**

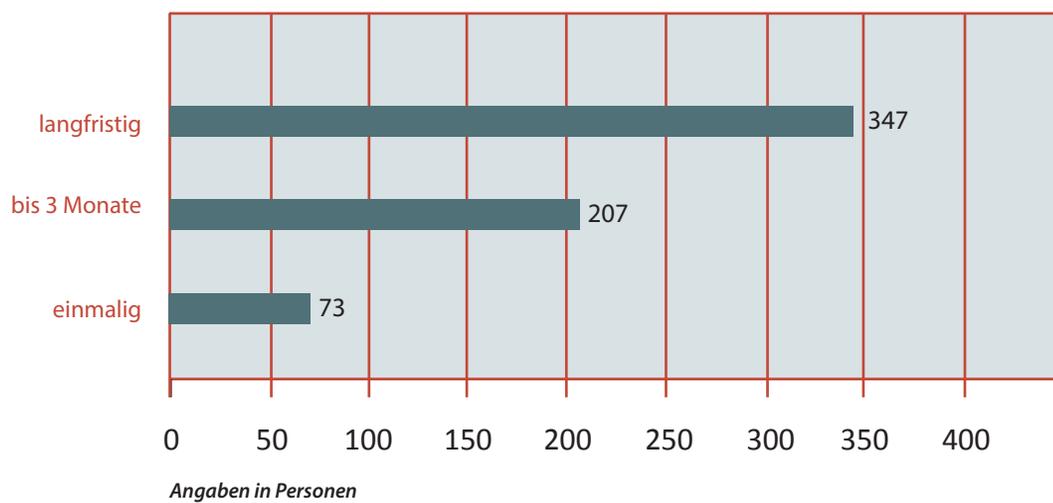
■ 2016 ■ 2017



### Altersstruktur 2017



### Betreuungsdauer 2017



*Beratungsalltag...*

*Ein Klient tigert im Beraterbüro umher.*

*Die Sozialarbeiterin spricht ihn freundlich an und sagt:*

*„Setzen Sie sich ruhig mal...“*

*Daraufhin Klient: „Ich hab genug gegessen in meinem Leben.“*

*Da haben wir herzlich gelacht!*



JAHRESBERICHT 2017  
ARBEITSGEMEINSCHAFT RESOHELP

---

